

„Das stärkt rechtsextreme Parteien“



Angriff auf die Zahnmedizin spaltet die Koalition – Gerlach für Verbleib in der GKV

Mit seiner Forderung, die Zahnmedizin aus dem GKV-Leistungskatalog zu streichen, löste der CDU-Wirtschaftsrat beinahe eine Koalitionskrise aus. Die SPD-Vorsitzende Bärbel Bas sah den deutschen Sozialstaat in Gefahr und auch ihr Co-Vorsitzender Lars Klingbeil reagierte mit Kopfschütteln. „Derartige Pläne gibt es in der Bundesregierung nicht“, stellte ein Regierungssprecher klar. Aber beendet ist die Debatte damit nicht.

„Hammer-Forderung“

Wer gehofft hatte, die in der fünften Jahreszeit vom parteinahen CDU-Wirtschaftsrat losgetretene Diskussion um die Herausnahme der zahnmedizinischen Angebote aus dem GKV-Leistungskatalog sei nichts mehr als ein – schlechter – Faschingsscherz gewesen, der irrt. Leider! Konkret schreibt der Wirtschaftsrat in seinem Ende Januar veröffentlichten Positionspapier „Agenda für Arbeitnehmer in Deutschland“ zum Punkt Krankenversicherung: „Überprüfung des Leistungskatalogs: Verschiedene Leistungen, etwa Zahnarztbehandlungen, lassen sich generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen.“ Publik wurde die „Hammer-Forderung“ über die „Bild am Sonntag“ (BamS), die am 1. Februar darüber berichtete.

Dabei ist die Idee an sich nicht neu. Bereits Ende September 2025 hatte der

Wirtschaftsrat ein Positionspapier mit dem Titel „10-Punkte-Agenda für einen starken Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland“ veröffentlicht. „Es braucht einen Kurswechsel – hin zu mehr Eigenverantwortung“, hieß es dort. Und: „Verschiedene Leistungen lassen sich gut privat absichern oder selbst tragen und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen. Dazu zählen beispielsweise generell die zahnärztlichen Leistungen, Kieferorthopädie oder Fahrtkosten für Behandlungen. Gleichzeitig sollte durch Selbstbeteiligungen das Prinzip der Eigenverantwortung auch in der Krankenversicherung gestärkt werden.“

Merz verhängt Maulkorb

Das mediale Interesse war damals gering. Anders im Februar. Durch die Berichterstattung in der „BamS“ löste die selbst ernannte Stimme der Sozialen Marktwirtschaft eine bundesweite Debatte aus. Schnell beherrschten Schlagzeilen wie „Zahnarztbesuche sollen privat bezahlt werden“ die Medienlandschaft und die öffentliche Diskussion. Die CDU versuchte zwar die Wogen zu glätten und schickte Bundesgesundheitsministerin Nina Warken an die mediale Front. Mit ihr als Ressortchefin werde es solche Kahlschläge nicht geben. Und laut bild.de verpasste der Kanzler seiner Partei mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen einen Maulkorb. Es seien alle The-

men zu unterlassen, die die Wahlkämpfer beschweren könnten – von Vereinigungen und Vereinen, soll Merz im CDU-Bundesvorstand gesagt haben. Ein Plädoyer für den Verbleib der Zahnmedizin in der GKV sieht anders aus.

„Unverzichtbarer Bestandteil“

Deutlich erfreulicher sind da schon die Reaktionen aus Bayern. Die zahnmedizinische Versorgung bleibe ein „unverzichtbarer Bestandteil der gesetzlichen Krankenversicherung“, versicherte Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) auf Nachfrage der KZVB. Noch deutlicher wird Verena Bentele, Vorsitzende des Sozialverbands VdK. Der Vorschlag des Wirtschaftsrates sei „an Zynismus nicht zu überbieten“ und spiele rechtsextremen Parteien in die Hände. Politiker der Mitte müssten sich ernsthaft die Frage stellen, ob sie nicht Steigbügelhalter für die Parteien am Rande sind.

Weitere Stimmen zum Thema „Bleibt die Zahnmedizin in der GKV?“ finden Sie im BZB 3/2026, das Mitte März erscheint.

Matthias Wallenfels